

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. Oktober 1960

154/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K a n d u t s c h und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend Einbringung eines Entwurfes über ein Auslandsrenten-Übernahmegesetz.

-.-.-.-.-

Die FPÖ-Fraktion im Parlament hat bereits zweimal und zwar am 18. 7. 1957 Zl. 178/J und am 17. 12. 1958 Zl. 347/J Anfragen an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Schaffung eines Auslandsrenten-Übernahmegesetzes eingebracht.

In Beantwortung dieser Anfragen hat der Herr Bundesminister letztmalig am 12. 2. 1959 Zl. 322/AB zu 347/J mitgeteilt, dass der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Regelung von Leistungsansprüchen und Anwartschaften in der Pensions- (Renten)-Versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland (Auslandsrenten-Übernahmegesetz - ARÜG) am 16. 1. 1959 zur Stellungnahme versendet wurde.

Seither sind mehr als eineinhalb Jahre vergangen, ohne dass es zu einer Vorlage eines bezüglichen Gesetzentwurfes im Parlament gekommen ist.

Bei dem in Betracht kommenden Personenkreis handelt es sich um Altösterreicher bzw. repatriierte Volksdeutsche aus verschiedenen Staaten, die bereits im hohen Alter stehen und die berechtigte Hoffnung hegen, eine Berücksichtigung ihrer erworbenen Rechte noch zu erleben.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, die Einbringung eines Auslandsrenten-Übernahmegesetzes zu veranlassen?

-.-.-.-.-